

# Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gesp. Vertikalzeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

## Der Mut der Ueberzeugung.

Die „Graphische Presse“, das Organ des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, brachte kürzlich unter diesem Titel einen Leitartikel, der sich mit den vielen Nenn- und Aberbeschäftigten, die viele Arbeiter von der Organisation ferne halten. Zugleich sollte bei dieser Gelegenheit nachgewiesen werden, daß es falsch sei, davon zu sprechen, daß manche Arbeiter nur darum organisiert seien, weil sie durch ihre Kollegen dazu gezwungen würden.

Weider — muß es beklagt werden, daß es viele Arbeiter, auch Lithographen und Steindrucker — gibt, die nur darum der Organisation angehören, weil sie dazu gezwungen werden.

Ehe wir dies näher beleuchten, wollen wir die „Graph. Presse“ zu Wort kommen lassen. Sie schreibt u. a.

„Die hohe Bedeutung und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Geltung der Arbeiterklasse in in proletarischen Kreisen noch lange nicht so weit verbreitet, wie es wünschenswert wäre. Besonders unter den Mädchen und Frauen und auch unter den älteren Leuten mangelt es noch sehr an einem genügenden Verständnis. Manche Arbeiterfrau findet es ganz erklärlich, daß der Mann einen Gesangsverein angehört und daß er dort jede Woche einen Abend zubringt, aber daß er einer politischen Organisation angehört, die nur Geld fordert und nichts einbringt, das will ihr nicht in den Sinn. Manche Arbeiterbraut hat nichts dagegen, daß ihr Bräutigam in einen Theaterklub und einen Turnverein geht, und die hiermit verbundenen Geldkosten erscheinen ihr als notwendige Ausgabe, aber was er in einer Gewerkschaft zu suchen hat, wo er die „hohen Beiträge“ bezahlen muß, das versteht sie einfach nicht. Ebenso verhält es sich auch mit zahlreichen Vätern und Müttern, die es für eine unverzeihliche Verwundung halten, daß ihr Sohn kein Geld in die Börse trägt. Infolge dieses mangelnden Verständnisses bleiben die Vorurteile nicht aus. Und da es vielen organisierten Arbeitern an der Fähigkeit, manchmal auch an der Lust fehlt, seine Organisationszugehörigkeit zu rechtfertigen, lautet die Antwort ganz einfach: Was soll ich machen? Meine Kollegen sind in der Organisation und darum muß ich auch hinein. Es bleibt mir nichts anderes übrig. — Es fehlt diesen Leuten der Mut der Ueberzeugung, denn anstatt frei und offen zu erklären, daß sie aus innerer Ueberzeugung der Organisation angehören, weil sie als klassenbewußte Proletarier ihre Pflicht tun wollen, statt dessen verteidigen sie sich hinter ihre Kollegen und stellen sich an, als ob sie nur dem Druck von außen gemühen seien.“

Auf diese Weise legt sich dann in den Köpfen der Proletarierinnen die Meinung fest, daß der Eintritt zur Organisation die Folge eines Zwanges sei. Und wenn dann ein junges Mädchen von ihrer Dienstherrenschaft oder von ihrem Prinzipal gefragt wird, ob ihr Bruder oder ihr Bräutigam auch der sozialdemokratischen Partei, und der Gewerkschaft angehört, dann wird geantwortet: „Er muß ja in der Organisation sein, seine Kollegen zwingen ihn dazu.“ — So die „Graphische Presse“.

So sehr wir es als Gewerkschaftler beklagen, daß es Leute gibt, die für alle möglichen Dinge Geld haben, nur nicht für die Organisation, und so sehr wir mit der „Graph. Presse“ darin einig sind, diese Art der „Sparfamkeit“ auf's schärfste zu verurteilen, so sehr müssen wir aber auch betonen, daß viele, viele Mitglieder des Verbandes der Lithographen und Steindrucker keine „Klassenbewußten Proletarier“ im Sinne der „Graph. Presse“ und noch weniger Anhänger der sozialdemokratischen Partei (und der Gewerkschaft heißt es bezeichnen-

derweise zusammenhängend in der G. L.) sein wollen.

Viele Mitglieder des mit der Partei des Unmürzes eng verflochtenen Verbandes laufen tatsächlich nur deshalb mit den Klassenkämpferischen Genossen im B. d. L. u. St., weil sie nicht den Mut haben, ihre Ueberzeugung gegenüber den großmütigen Verechtern der sozialistischen Weisheit zu vertreten.

Anstatt frei und offen zu erklären, daß sie es satt haben, Artikel aus dem „Vorwärts“ in ihrem Organ zu lesen, anstatt zu protestieren gegen die offensichtliche Propaganda für die sozialdemokratische Partei, die in der „Graph. Presse“ betrieben wird, stellen sie sich in die Ecke und lassen die Dinge sich in der Weise weiter entwickeln.

Es ist geradezu unglaublich, daß es heute unter den intelligenten Arbeitern, zu denen man doch die Lithographen und Steindrucker zählt, solche willkürliche oder denkfaule Köpfe gibt, die all den Anpöbelungen zum Trotz, denen sie durch „ihre Blatt“ ausgesetzt sind, noch einer Organisation angehören, die derart gegen ihre innere Ueberzeugung zu Felde zieht.

Wenn die „Gr. Pr.“ doch auch diesen Leuten sagen wollte, daß nur der Mut der Ueberzeugung, d. h. der demonstrative Austritt aus der sozialdemokratischen Organisation für einen christlich-gefinnten Arbeiter ehrenvoll ist!

Eine verhältnismäßig kleine Zahl von Lithographen und Steindruckern ist in unserem Verbandsorganisiert. Es sind zumeist solche Kollegen, die den Mut hatten, sich ihrer Ueberzeugung gemäß zu organisieren, die daher aus dem sozialdemokratischen Verbandsverbande ausgetreten sind. Wie kommt es aber, wie ist es möglich, daß sich die christlich-gefinnten Mitglieder des B. d. L. u. St. nicht zu einem energischen Schritt aufraffen?

Wir haben behauptet, daß es Lithographen und Steindrucker gäbe, die nur darum der Organisation angehören, weil sie dazu gezwungen werden. Wir hätten bei dieser Gelegenheit noch an den Chemigrafen hinarbeiten können, aber die Verhältnisse im Lithographen- und Steindruckergewerbe sind derart, daß man die Unterlagen für eine derartige Behauptung leicht finden kann. Wiederholt ist uns von Mitgliedern des B. d. L. u. St. erklärt worden, daß sie sofort in unsern Verband übertreten würden, wenn sie nicht zu befürchten hätten, daß sie dann gesellschaftlich geächtet und angepöbelt würden. Die Obergewissen wissen solchen Kollegen eine Angst einzujagen, die auf den Fernstehenden geradezu lächerlich wirkt. Vor einiger Zeit hatten wir in einer niederrheinischen Stadt mehrere Lithographen und Steindrucker zu einer Versammlung eingeladen, um den christlich-gefinnten Kollegen zu zeigen, wo sie hingehören. In der ersten Versammlung versprach ein solcher Kollege, der mit unserem Programm voll und ganz einverstanden war, daß er zur nächsten Versammlung mehrere Kollegen mitbringen wolle, die, wie er auch, von der sozialdemokratischen Färbung „ihres Verbandes“ so wenig erbaudt wären, daß sie ganz bestimmt mit ihm zu uns übertreten würden. Und was geschah? In den kommenden

Tagen hatten die Häuptlinge des B. d. L. u. St. am Orte Lunte gerochen, erklärten in den Vertikalen, daß sie in unsere Versammlung gehen würden und die christlich-gefinnten Kollegen waren dadurch so eingeschüchert, daß sie ferne blieben. So wird es gemacht. Das sind dann die Leute, von denen es in der „G. P.“ heißt, daß sie nicht den Mut der Ueberzeugung hätten, sonst würden sie sich offen zur Sozialdemokratie bekennen. — — — Wir wollen uns nicht schürend vor solche Gajensfüße stellen, die man nur bedauern kann. Wir wollen es ihnen nur immer wieder in die Ohren schreien, daß sie sich selbst ins Gesicht schlagen, daß sie schuld daran sind, daß die sozialdemokratischen Agitatoren eine so selbstbewußte Sprache führen können und Lohndachend über unsere Sammelrufe spotten. Wir müssen ihnen immer wieder sagen, daß sie Verrat üben an den Idealen, denen sie zu dienen vorgeben, daß sie jeden Pfennig, den sie in die Kasse des B. d. L. u. St. legen, dem Kriegsschatz der internationalen Klassenkämpfer zuwenden. Alles ist auf unserer Seite geschehen, um solchen Kollegen, die zu uns übertreten, den Eintritt leicht zu machen. Gewiß wird im Laufe der Jahre noch manch' besondere Einrichtung für unsere Kollegen vom Steindruckergewerbe geschaffen werden müssen, (wir denken an das Verbandsorgan) gewiß wird dann bei dem einzelnen Kollegen aus dieser Branche mehr Freude und Begeisterung geweckt werden und vorhanden sein, wenn er weiß, daß es Hunderte sind, die mit ihm gemeinsame Sache gemacht haben, die mit ihm gemeinsam Protest erhoben haben gegen die Verfeuchung der beruflichen Organisation mit den Ideen des Klassenkampfes. Aber wenn nicht nur Hunderte, wenn Tausende sich dereinst auflehnen sollen, wirkungsvoll und imponierend, dann ist vor allem notwendig, daß ein anderer Geist in unsere Kollegen zieht:

### Bekennermut.

Er allein kann uns befähigen, die Ziele zu erreichen, die wir erreichen wollen und müssen. Keinen Terrorismus brauchen wir anzuwenden, nein! Das, was wir verlangen, ist Klarheit, Wahrheit, Freiheit.

Der sozialdemokratisch gefinnt ist, möge im B. d. L. u. St. bleiben. Wer aber von sich sagt, daß er christlicher Arbeiter ist, der, so sprechen wir, soll den Mut der Ueberzeugung betätigen und eintreten in den Graph. Zentralverband, der für ihn und mit ihm kämpft im Sinne der christlichen Arbeiter.

### Die Gelben.

II.

Wie nun aber, wenn die Forderungen überhaupt abgelehnt werden, was sollen dann die „Gelben“ tun? Streiken? Gibts ja gar nicht! Erstens sind die Beiträge zu minimal, um Streikunterstützung zu gewähren, und zweitens ist das vorhandene minimale Vermögen, wie in Essen betont wurde, in Wohlfahrts-Einrichtungen festgelegt. Weiter aber würden sich die Proletoren der „Gelben“ recht schön bedanken, diesen erst Tausende von Mark zugewandten, um sich dann noch den Ausgebaitenen beschreiben zu lassen. Für die „Gelben“ gibts also nichts als ein bedingungsloses Sich fügen. Sie begeben sich bewusst oder gewollt in das alte Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber, um an dessen Wohlfahts-Einrichtungen teilzuhaben. Die Münchener „Allgemeine Rundschau“ bemerkt mit Recht zu

diesen programmatischen Bestrebungen der „gelben“ Bewegung:

„Das ganze ist auf jeden Fall eine recht tugige Illustration zu den vierzig Jahren direkten und gleichem Wahlrechts und zu den sechs Jahrzehnten deutscher Pressefreiheit, deren Wirkungen geradezu spurlos an den Wästen vorübergehen müßten, wenn es der „Wirtschaftsfriedlichen“ Bewegung gelang, sich auf die Dauer mit diesem Programme durchzusetzen. Ein Programm, das dem Arbeitgeber auch als letztes Mittel nur eine Bitte entgegenstellen kann, und damit grundsätzlich die Arbeit dem Kapital mit gebundenen Händen ausliefert.“

Für Arbeiter aber, die derartige Bestrebungen unterstützen, haben wir keine Achtung übrig, höchstens Mitleid.

Kun sind auf der Offener Tagung auch Behauptungen gefallen, die direkt unwahr sind. Einer der „gelben“ Redner sagte z. B.: „Gelegentliche Beschäftigungen zwischen christlichen, Hirsch-Dunderschen und freien Gewerkschaften ändern nichts an der Tatsache, daß der Klassenkampf diese Gewerkschaften verbindet.“ Auch von den funktionellen Arbeitervereinen behauptete Redner, sie hätten sich vom Klassenkampf noch nicht frei gemacht. Durch die Förderung der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wurde zweifellos der Gehalt des Klassenkampfes gemindert. Wir haben diese Behauptungen absichtlich nicht als Verleumdungen bezeichnet, weil der gute Mann jedenfalls vom Klassenkampf gar keine Ahnung hat. Die christl. Gewerkschaften haben den Klassenkampf der Sozialdemokratie von jeher grundsätzlich und entschieden abgelehnt. Sie halten die zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bestehenden Gegensätze durchaus nicht für unüberbrückbar. Stets ging ihr Streben dahin, die Interessen der Arbeiter unter möglicher Wahrung eines friedlichen Ausgleichs zu verstehen. Sie sind sich auch stets der gemeinsamen Interessen bewußt geblieben, die Arbeiter und Arbeitgeber verbinden. Die christlichen Gewerkschaften würden ebenfalls aufrichtig und ehrlich einen Zustand des gegenseitigen Vertrauens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herbei. Sie sind allerdings der Ueberzeugung, daß ein derartiges Verhältnis nicht auf dem Wege der bedingungslosen Unterwerfung des einen Teils unter den andern, sondern nur auf dem Boden der wirtschaftlichen Gleichberechtigung beider Teile erreicht werden kann. Haben sich die Unternehmer mal in ihrer großen Mehrheit zu diesem Standpunkt durchgerungen, dann wird auch die Austragung der Gegensätze andere, weniger tobe Formen annehmen.

Die „Gelben“ haben sich auf ihrer Tagung endlich auch mit ihrer „wahrhaft nationalen Gesinnung“ gebrüht, die es abseht, in irgend welchen Kämpfen mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Die Herrschaften haben unseres Erachtens durchaus keine Veranlassung, den Mund so voll zu nehmen. Von einem behaupteten Gegensatz ihrer Mitglieder zur Sozialdemokratie kann jedenfalls kaum die Rede sein. Im Wahlkreis Offen a. B. haben bei der letzten Reichstagswahl nicht wenige „gelbe“ Werbetrommler bei der Stichwahl sich nicht nur neutral gehalten, sondern für den Sozialdemokraten, gegen unsere Kollegen Giesberts gestimmt. Mit der nationalen Zurechtfindung ist also nicht so weit her. Wir sind im Gegenteil der Ueberzeugung, daß die Mäder der „Gelben“ gewollt oder ungewollt die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen. Die von ihnen beeinflussten Arbeiter werden früher oder später sich des Spiels bewußt werden, das man mit ihren Interessen getrieben und dann werden die Enttäuschten dem Radikalismus in die Arme fallen.

Jeder denkende Arbeiter und jeder richtige Freund unseres Vaterlandes wird darum das Aufkommen derartiger „gelber“ Werbetrommler bedauern. Mit Recht schrieb die „Köln. Volkszeitung“: Gegenüber der mächtigen, kampftun und stremerprobten, terroristischen Sozialdemokratie ist jede Zerstückelung der nichtsozialdemokratischen, der christlich-national gesinnten Arbeiterkraft vom Kegel. Einem solchen Koloss gegenüber werden sich nur selbständige Leistungsfähige und von Selbstgefühl und allgemeinem Vertrauen getragene Organisationen durchsetzen können. Darum wird der wirkliche Freund des Volkes und Vaterlandes nur in der christlich-nationalen Staats- und Gesellschaftsbewegung den Organisationsfaktor erblicken, der auf dem richtigen Wege ist, das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter in beiderseitig erträglicher Weise zu regeln, und den Arbeiterstand überhaupt in den Organismus der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung einzugliedern.

## Sommerferien.

Der Fremdenverkehr ist in der gegenwärtigen Zeit in haubfreien und waldigen Gegenden ein recht großer. Auf jeder größeren Bahnhstation sieht man Bürger mit Rucksack und Stab bewaffnet, um auf einige Zeit dem bisherigen Tätigkeitsgebiet den Rücken zu kehren. Man hofft in einer stillen und angenehmen Gegend sich geistig und körperlich zu erholen, um dann mit neuem Mut die Arbeit wieder aufzunehmen. Zu diesem Zwecke haben der Staat und eine große Anzahl privater Institutionen den Angestellten einen jährlichen Urlaub von einer oder mehreren Wochen unter Fortbezug des Lohnes gegeben. Der Arbeitgeber weiß, daß die dadurch ausgegebene Summe und die inproduktiven Tage für ihn nicht verloren sind. Längst hat er im Laufe der Jahre herausgefunden, daß ein geistig rüstiger und mit innerer Freude arbeitender Angestellter ihm mehr einbringt, als ein durch jahrelange ununterbrochene Arbeit abgestumpfter.

Nichts aber ist mehr geeignet, geistige und körperliche Kräfte zu sammeln, als eine Anzahl Tage der Ruhe. Wie freut sich deshalb jeder Angestellter auf die Zeit, wo er mit Kind und Regel hinausgehen kann. Betrachten wir aber mit einem scharfen Blick all die Wandern, so machen wir leider die Erfahrung, daß der Lohnarbeiter unter diesen nur einen ganz kleinen Teil ausmacht. Die Erholung ist ihm aber mindestens so notwendig, wie dem Angestellten irgend eines Betriebes.

Der moderne Arbeitsbetrieb verlangt von dem Arbeiter ganz andere Fähigkeiten als der gewöhnliche Kleinbetrieb. Schon heute finden wir unter unseren Arbeitern eine starke Zunahme der Nervosität. Je komplizierter die Maschinen, desto höhere Anforderungen werden an den sie bedienenden Arbeiter gestellt. Durch die Anspannung aller geistigen Fähigkeiten wird die persönliche Energie des Arbeiters sehr schnell aufgebraucht. Darum muß auch ihm eine Zeit gegeben werden, wo er diesen Verlust ersetzen kann. Wollen wir auf wirtschaftlichem Gebiete weiter vorwärts, ist es notwendig, den Arbeiter frisch und geistig auf der Höhe zu halten. Eine geistig heruntergekommene Arbeiterkraft ist diesem Fortschritt hinderlich. Man darf darum die Einführung von Arbeiterferien nicht aus den Augen verlieren.

Wohl haben bereits eine Anzahl Unternehmer, Staatsbetriebe und Gemeinden einige Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes eingeführt.

Die Zahl der Arbeiter aber, die Ferien bekommen, ist sehr gering.

Die meisten Arbeiter können diese auch noch nicht recht ausnützen, denn erstens fehlen ihnen die Mittel, und zweitens ist die Ferienzeit meistens zu kurz. Eine allgemeine Einführung von Sommerferien für die Arbeiterschaft und die Schaffung der Möglichkeit, diese auch zur Erholung auszunützen, ist ein sozialpolitisches Problem von großer Wichtigkeit. Der Wert der Ferien scheint noch mehr auf sich selbst als auf körperlichem Gebiete zu liegen. Wer Jahr für Jahr sein ganzes Leben hindurch an gleichmäßige Arbeit gebunden ist, ohne jede Abwechslung, der wird nicht selten mit der Zeit seelisch krank. Das Leben wird ihm zur Last. Wird er dagegen dem alltäglichen Betriebe entzogen, so erhält er Gelegenheit, neue Anregungen und Kräfte zu sammeln. Dies wird sich nicht zuletzt auch in einer verminderten Ausgabe an Krankengeldern bemerkbar machen.

Auch eine andere Erscheinung unseres volkswirtschaftlichen Lebens verlangt die Einführung einer Ferienzeit. In den letzten Jahren sind wir in der industriellen Produktion ziemlich an die erste Stelle gerückt. Die Kunst mit der Produktion zu verbinden, muß unsere nächste Aufgabe sein. Mußte bisher jeder Arbeiter der Gedanken eines Arbeiters angezerrt werden, soll dies in Zukunft in noch verstärktem Maße geschehen.

Die Frage nach den Ferien ist sehr oft auch eine Frage des Lohnes.

Dieser reicht bei den Arbeitern meistens nur aus, um die notwendigen Bedürfnisse des Augenblicks zu decken. Ersparnisse zu machen ist sehr oft nicht möglich. So ist der Arbeiter, der wirklich einmal Ferien erhalten hat, oft nicht in der Lage, diese in der wünschenswertesten Weise zu seiner Erholung auszunützen. Hier muß versucht werden, Wandel zu schaffen. Was auf dem Gebiete bei uns in Deutschland zu tun übrig bleibt, zeigen einige Betriebe in England. Die Ferienzeit ist hier tariflich geregelt. Der Arbeiter zahlt in besonderen Klassen allmonatlich einen kleinen Beitrag. Er hat sich im Laufe des Jahres einige Vorräte erübrigt, die ihm eine kleine Ferienreise ermöglichen. Auch unsere Seebäder sollten viel mehr auf den Besuch weniger bemittelter Bevölkerungsschichten eingerichtet sein. Wollen wir wirklich unser ganzes deutsches Volk und mit ihm auch den Arbeiterstand vorwärts bringen, liegt hier noch eine große Aufgabe, deren Lösung der nächsten Zukunft vorbehalten bleibt.

## Das Sterben an Tuberkulose.

Nach den neuesten Medizinalstatistischen Mitteilungen aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamt über die Sterbefälle im Reich 1908 und über die Todesursachen sind in diesem Jahre im ganzen gestorben 1135 341 Personen, davon 544 803 weibliche, 590 256 männliche Personen. Es sind also 45 453 männliche Personen mehr gestorben als weibliche.

An Tuberkulose der Lungen starben 95 402 Personen, also fast der zehnte Teil der Verstorbenen (genau 8,4 %). Gegen das Jahr 1907 ist allerdings eine Abnahme von 2,2 % im ganzen von 2153 Personen zu verzeichnen. Dagegen stieg die Zahl der durch andere Formen der Tuberkulose als Lungentuberkulose veranlaßten Sterbefälle um 0,4 % von 15 195 auf 15 200 und die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose anderer Organe als der Lungen von 13 774 auf 13 791, also um 0,12 %.

An Tuberkulose sind nach den Sterbestatistiken 4978 Kinder des ersten Lebensjahres gestorben. An Lungentuberkulose sind im Jahre 1908 insgesamt 20 582 Kinder im Alter von 1 bis 15 Jahren gestorben. In der Tuberkulose starben 14 068 Kinder in diesem Alter, das ist der 10. Teil aller aus bekannter Ursache Gestorbenen. Auch unter den Personen im Alter von 15 bis 30 Jahren hat die Tuberkulose stark zugenommen. Es starben während des Jahres 1908 daran 45,1 von je 100 aus bekannten Ursachen Gestorbenen; absolut waren es 14 888 männliche, 17 320 weibliche Personen, die der Tuberkulose erlagen. Die meisten Sterbefälle männlicher Personen, 292 auf je 100 000 Lebende, hatte Bremen; dann folgt Lippe, sodann das Lindegebiet, Bayern mit 23 Sterbefällen. Von den weiblichen Personen sind an Tuberkulose gestorben in Hohenzollern 127, in Baden 99, im linderheinischen Bayern 303 und in Elßig-Lothringen 292 auf je 100 000 Lebende.

Diese Zahlen zeigen, daß die Tuberkulose in erster Linie eine Kinderkrankheit ist. Wie heute so ziemlich allgemein bekannt sein wird, ist die Lungentuberkulose übertragbar. Eine Mutter oder ein Vater, die an Lungentuberkulose leiden, können ihre Kinder leicht anstecken. Die Übertragung der Krankheit kann nur durch feinstaubige Keimlichter verhindert werden. Insbesondere muß mit dem Auswurf vorsichtig umgegangen werden, in Nischen oder Kapseln aufgefängt und dann vernichtet werden. In einer Wohnung, in der ein Kranter seinen Auswurf um sich verbreitet, sind vorhandene kleine Kinder direkt gefährdet. Sie kriechen auf dem Fußboden herum, tragen Staub und Schmutz auf, der dann an den Fingern haften bleibt. Bei der Gemütsarbeit kleiner Kinder, ihre Finger recht oft in den Mund zu bringen, voliereht sich dann die Ansteckung. Insbesondere lungentranke Eltern müssen deshalb auf ihre Kinder recht acht haben und ihnen besondere Fürsorge angedeihen lassen.

Reinlichkeit in Haus und Hof, in der Wäsche und Kleidung, ist das beste Mittel zur Verhütung von Krankheitsfällen. In seinem Vortrag gelegentlich der Tuberkulose-Ausstellung in Berlin-Wilmersdorf sagte Professor Dr. Kirchner: „Dah zwei Menschen die gleiche Jahrbürde, das gleiche Taschentuch gebrauchen, aus der gleichen Tasse trinken, muß die Jugend als unzulässig erlernen lernen, weil es ein Weg ist, um Krankheitskeime zu verbreiten.“

Nicht so weit vorgeschrittene Lungentuberkulose ist heilbar, und zwar durch eine einfache diätische Methode in den Lungenheilstätten. Frische Luft und harte Nahrungsaufnahme wirken oft Wunder. Die Kranken, die der Alters- und Invalidenversicherung unterliegen, können in den Lungenheilstätten der Versicherungsanstalten untergebracht und geheilt werden.

Wertwürdigerweise gibt es heute noch Leute, die sich im Krankheitsstadium scheuen, in einer solchen Heilstätte sich ärztlich behandeln zu lassen. Ganz falsche Anschauungen sind da ausschlaggebend. Die Lungenheilstätten haben schon vielen Segen gestiftet und mancher, der als Todeskrankheit die Heilstätte betrat, hat sie nach mehreren Monaten wieder gesund verlassen.

Wiel zu wenig wird auch beachtet, daß die Tuberkulose eine Wohnungsfrage ist. Das Zusammenbringen vieler Personen in einer kleinen Wohnung ist Krankheiten förderlich. Stabsarzt Dr. med. Wezel (Berlin) hat in seinem Vortrag auf der hier schon einmal genannten Tuberkulose-Ausstellung betont: „Die Wohnungsfrage ist zuerst die wichtigste in der Bekämpfung der Tuberkulose.“ Die Wohnungen sollten gut gereinigt und häufig gelüftet werden, um die verbrauchte Luft aus dem Zimmer fortzuführen und reine Luft dafür hereinzulassen. Nach Möglichkeit soll jeder Bewohner sein eigenes Bett haben, vor allem aber Schwindkrüchtige, die niemals mit anderen zusammenschlafen dürfen in einem Bett, sondern womöglich in einem eigenen Schlafraum. Es sollte fernerhin niemand in eine Wohnung ziehen, von der er weiß, daß dort ein Schwindkrüchtiger gewohnt hat und gestorben ist, ohne daß vorher desinfiziert worden ist. Gefundes Wohnen ist aber allerdings Geld. Ungefundenes Wohnen aber die Gesundheit, die häufig das einzige Kapital ist, das die Arbeiter besitzen. Und doch, wie gleichgültig stehen noch so viele der Wohnungsfrage gegenüber! Das wird anders werden, wenn die christlichen Gewerkschaften und die Arbeitervereine hier ununterbrochen aufklärend wirken und auch die öffentliche Meinung beeinflussen. Alle Beteiligten müssen die verhältnismäßig geringe Zahl von Engländern und Sozialpolitikern unterstützen in dem Bestreben, auf dem Gebiete des Wohnungsweßens bessere Zustände zu schaffen, um so auch der Tuberkulose Abbruch zu tun.

## Um Antwort wird gebeten!

Die sozialdemokratische Presse, natürlich auch die „Wachsender-Zeitung“, die „Graphische Presse“ u. a. berichten mit eifriger Freude von dem „durchgebrannten“ christlichen Gewerkschaftssekretär Nöben in Düsseldorf, der in der dortigen Halbzeit unter dem Pseudonym „Schlüsselwirth“ bekannt sei und ein Kassendefizit von 2000—2500 Mark hinterlassen habe. Auch soll Nöben vom Schiff aus an zwei seiner christlichen Freunde geschrieben haben, daß man über ihn nur den Mund halten solle, sonst käme noch etwas ganz Anderes heraus. Tatsache ist lediglich, daß Nöben Anfang Juni plötzlich seine Stellung und seine Familie verließ und sich vermittelst nach Amerik wandte, sowie der Union-Brauerei in Düsseldorf Geld abnahm, ohne dazu berechtigt zu sein. Von Rotterdam aus schrieb er seiner Frau einen Brief, in dem er sich mit Selbstwürdigkeit überhäufte, um Verzeihung bei und sein Familiengeld beklaute. Ingenwieweile Drobungen gegenüber anderen — von denen die sozialdemokratische Presse verblüffend faßelt — enthält der Brief nicht. Auch ist es eine Unwahrheit, daß irgendweiche weitere Mitteilungen von ihm in christlichen Ge-

**Mitglieder! Lehrlinge und jugendliche Arbeiterinnen gehören in**

werkschaftskreisen angenommen oder bekannt sind. Die weitere Hauptaufgabe, das Kassen ein großes Kassen-Defizit hinterlassen habe, ist ebenso eine halblöse, aus der Luft gegriffene Fiktion. Er hat früher allerdings eine Zeitung die Kasse des christlichen Gewerkschaftsrates verwaltet, dieselbe später jedoch in voller Ordnung seinem Nachfolger abgeliefert. Die Kasse ist auf Heller und Pfennig in ordnungsgemäßen Zustande. Auch für die ge-  
hässige Behauptung, Kassen habe in der Schweiz ver-  
fehrt und sei dort sogar unter einem Spitznamen bekannt,  
sind keinerlei Beweise erbracht. In den Kreisen der  
christlichen Arbeiter Düsseldorf ist jedenfalls von einem  
derartigen unerlaubten Verlebe des früheren Rats-  
beauten nichts bekannt.

Wenn die V.-Ztg. sagen kann, daß Kassen unter den  
Duzen gut bekannt gewesen sei, dann muß wohl ihr  
Gewächsmann dabei gewesen sein. Oder denkt er sich  
nur etwas und schreibt es der V.-Ztg.? Nebenbei be-  
merkt, haben wir keinen Grund, etwas von dem zurück-  
zunehmen, was wir über die Düsseldorfser Kran-  
kenkassen in No. 19, 1911 geschrieben haben. Unter  
der Rubrik: „Sozialdemokratische Ehrenmänner“ haben  
wir in unserem Jütenatrad mehr Material, als der V.-  
Ztg. angenehm sein könnte.

Wenn sie den Mund wieder einmal gründlich ge-  
stopft haben will, braucht sie es nur zu sagen.

Wir befassen uns zwar gegenüber der V.-Ztg. zu-  
meist nur mit sachlichen Auseinandersetzungen, auf  
solche geht aber die liebe Tante nicht ein.  
Warum? — Darum? —

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 35.  
Wochenbeitrag des 1912 fällig.  
Gaulleiter Wächter mocht ab 1. September in  
München, Volkstr. 44.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß  
reisenden Kollegen zu viel Unterstützung ausgezahlt  
wurde. Es ist in jedem Falle die Marxenzahl  
genau zu prüfen und dabei auch zu beachten, ob nicht  
Kassen im Voraus geleistet sind.

Die Umrechnung der Beiträge in die höheren  
Klassen kann immer erst nach 26 Beiträgen der  
höheren Klasse erfolgen. Ist die Zahl 26 bei der höheren  
Klasse noch nicht erreicht, so werden diese im Unter-  
stützungssatze als in der früheren Klasse  
geleistet, berechnet.

Abrechnungen und Gelder liefern nach ein-  
fachen, Bonn, Düssel, Düren, Dresden, Essen, Hamburg,  
Leipzig, Münster, Schlich, Merode, Merlen und  
Würgau.

Nicht abgerechnet haben: Berg-Grabbach,  
Weisach, Coblenz, Frankfurt und Karlsruhe.

Wir ersehen um sofortige Erledigung, da sonst  
die Zeitungszustellung u. bis zur Regelung verzögert  
wird.

Der Zentralvorstand.  
J. A. Dornbach.

## Gewerkschaftliches.

### Ein deutscher Weinberg-, Wald- und Landarbeiterbund

Ist nach längeren diesbezüglichen Beratungen in einer Ver-  
sammlung in Wingen am 4. August gegründet worden.  
Die neue, dem Gesamtverband der christlichen Gewerks-  
chaften angeschlossene Organisation ist aus der Winger-  
bewegung in den süddeutschen Weinbaugebieten her-  
vorgegangen. In diesem Verufe hat sich in letzter Zeit  
eine starke Bewegung zwecks Verbesserung der Arbeits-

verhältnisse geltend gemacht, die gelegentlich schon zu  
wilden Streiks und sonstigen Unruhen geführt hat.  
Die Lage der Weinbergarbeiter wurde von der Sozial-  
demokratie zu einer radikalen Agitation benutzt, jedoch  
alles zur Entschärfung drängte. Die weiterlebenden  
Kreise der in ihrer großen Mehrzahl christlich national  
gesinnten Winger kamen zu der Ueberzeugung, daß der  
Drang zur Organisation in geordnete Bahnen geleitet  
werden müßte und daß keine Zeit mehr zu verlieren  
sei. Ferner war man sich darin einig, daß für die  
Weinbergarbeiter allein keine einflussreiche, leistungs-  
fähige Organisation geschaffen werden könne, vielmehr  
müßten die nahe verwandten Gruppen der Wald- und  
Landarbeiter in die neue Organisation mit einbezogen  
werden. Nicht zu empfehlen sei es jedoch, diese Arbeiter-  
kategorien mit gewerblichen und industriellen Arbeiter-  
gruppen zu vermengen. So müßte denn eine neue  
Organisation geschaffen werden, die unter Mitwirkung  
des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften  
zunehmend ins Leben treten ist. Den Grundstock bilden  
eine Anzahl Winger-Vokalvereine, die sich sofort ange-  
schlossen haben.

Ueber den Charakter der Organisation sagt S.: Der  
Bund fußt auf dem Boden der bestehenden Staats- und  
Gesellschaftsordnung. Im übrigen läßt er seinen Mit-  
gliedern Bewegungsfreiheit im politischen Leben. Er  
achtet in seiner Praxis die religiös-sittliche Ueber-  
zeugung seiner Mitglieder. Religiöse und parteipoliti-  
sche Aufgaben stellt sich der Bund nicht.

Um Vorständen der neuen Organisation wurde  
Herr August Edert, Merstein (Rheinbessen) gewählt.  
Die Geschäftsstelle befindet sich vorläufig in Köln,  
Eintrachtstraße 147. Alle Anhänger und Freunde der  
christlich-nationalen Arbeiterbewegung werden die Neu-  
gründung begrüßen und tatkräftig unterstützen.

## Rundschau.

### Kardinal Fischer †

Am 30. Juli starb in Bad Neuenahr, wo er zur  
Kräftigung seiner geschwächten Gesundheit weilte, Herr  
Dr. Antonius Kardinal Fischer zu Köln. Unter großer  
Beteiligung aller Volkskreise wurde er zur letzten Ruhe  
im Dom zu Köln beigesetzt. Kardinal Fischer war am  
30. Mai 1840 geboren zu Jülich als Sohn eines Volks-  
schullehrers. Er widmete sich dem geistlichen Stande  
und wurde nach seiner Priesterweihe im Jahre 1863  
als Religionslehrer an das Gymnasium zu Essen be-  
rufen. Hier wirkte er 26 Jahre inmitten einer indu-  
striellen Umgebung, die ihm Gelegenheiten bot, die Ar-  
beiter, ihre Lage und ihre Organisationsbestrebungen  
aus nächster Nähe kennen zu lernen. Im Jahre 1899  
wurde er zum Weihbischof von Köln durch Kardinal  
Kremer ernannt; 1902, als Erzbischof Sinar uner-  
wartet schnell starb, wurde er zum Erzbischof erwählt  
und kurze Zeit nachher zum Kardinal erhoben.  
Die Trauer um den verstorbenen Kardinal ist nicht  
nur beim katholischen Deutschland zu finden, sondern  
alle Religionsgemeinschaften beklagten dem Dahinge-  
schiedenen ihre Sympathie. Auch wir christlichen Ge-  
werkschaftler beklagen den Tod des Kardinals, der ein  
Freund der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften  
war. Kardinal Fischer war es, der den Frieden unter  
den Konfessionen eindringlich predigte und das Zusam-  
menarbeiten der beiden großen christlichen Bekenntnisse  
zu praktisch sozialer, staatsbürgerlicher Arbeit immer  
wieder forderte. In dem unseligen Gewerkschafts-  
streit stand Kardinal Fischer entschieden auf unserer  
Seite.

Die letzten Ereignisse im Gewerkschaftsstreit sind  
nicht ohne Bitterkeit an dem hohen Verstorbenen vorbeig-  
gegangen, und wir dürfen ohne Uebertreibung sagen,

daß er bis zu seinem letzten Atemzug liebe- und sorgen-  
voll die christlichen Gewerkschaften beschützte und ver-  
teidigt hat. Herzlichen Dank dem hohen Verstorbenen;  
wir wollen seiner stets in Ehren gedenken.

## Die Deutschen Arbeitgeberverbände

sind in den letzten Jahren weiter erstarkt. Nach einer  
Zusammenstellung im Reichsarbeitsblatt (Juli 1912)  
bestanden Ende 1911 103 Reichsverbände (93 in 1910),  
461 Landes- oder Bezirksverbände (474 und 2521 (2361)  
Ortsverbände; zusammen 3085 (2928) Arbeitgeberver-  
bände. Der Umfang und die wachsende Stärke dieser Or-  
ganisationen ergibt sich aus der Zahl der angeschlossenen  
Mitglieder und der von diesen beschäftigten Arbeiter.  
Für die drei letzten Jahre zeigt sich hier folgende Ent-  
wicklung:

1910	115 095	3 854 680
1911	127 424	4 027 440
1912	132 485	4 378 275

Die Zahl der bei organisierten Unternehmern be-  
schäftigten Arbeiter ist mithin wesentlich höher als die  
Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die  
etwa drei Millionen beträgt, soweit selbständige Ge-  
werkschaften in Betracht kommen. Angesichts der großen  
Macht des staatsorganisierten Unternehmertums ist  
doppelt beständig und verwerflich, wenn man die Ar-  
beiter mit fast- und kraftlosen Gebilden die gelben Ar-  
beitervereine und konfessionellen Fachabteilungen über  
die reale Wirklichkeit hinweg zu täuschen versucht.

## Religion ist Privatsache.

So sagt die sozialdemokratische Theorie, aber die  
Praxis zeigt uns tagtäglich das Gegenteil. In der Schuh-  
fabrik der Gebr. Koch in Virmasens brachten sozialdemo-  
kratische Arbeiter ein Krugzeug und später noch einen  
Hosenkranz in den Betrieb hinein, um katholische Mit-  
arbeiter damit zu verspotten und zu verhöhnen. Die  
Kohlinge trieben mit den Gegenständen schließlich einen  
derartigen gotteslästerlichen Unflug, daß die Polizei an-  
gerufen werden mußte und das Krugzeug beschlagnahmte.  
Da die Fabrik kein öffentliches Lokal sei, erklärte die Po-  
lizei, weiter nichts tun zu können.

Hier müßte die Staatsanwaltschaft von Rechts  
wegen einschreiten und diesen „Genossen“ nachdrücklich  
zu Gemüte führen, daß wir uns doch noch nicht im Zu-  
kunftstaate befinden. Solche Taten sind Ausfluß eines  
fanatischen Hasses, der den sozialdemokratischen An-  
hängern systematisch von der Partei- und Gewerkschafts-  
presse eingetrichtert wird.

## Ueber die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften

wird in der gemäßigten Presse oft das unsinnigste und  
widerspruchsvollste Zeug zusammengeschrieben. Was aus  
dem Gebiet möglich ist, wollen wir mit verschiedenen  
Ausführungen in ein und derselben sozialdemokratischen  
Zeitung, der „Chemnitzer Volkstimme“, illustrieren.  
Das genannte Blatt schrieb am 26. Dezember 1911 in  
einer Polemik gegen eine bürgerliche Zeitung:  
„Nun, daß die Kirche-Underschen eine Schutztruppe  
der Freimänner, die Christlichen die der Nationallibe-  
ralen bilden, das weiß das Blatt so gut wie wir, es hätte  
auch gegen die Politik der („freien“) Gewerkschaften  
nichts einzuwenden, wenn sie nationalliberal gerichtet  
wäre.“

„Chemnitzer Volkstimme“ vom 7. Juli 1912:  
„Dem Kirchenregiment dienen aber in Deutschland  
auch noch Nebenorganisationen: die Zentrumspartei zu  
seiner Stütze im politischen Leben, die „christlichen“ Ge-  
werkschaften um die katholischen Arbeiter für den päp-  
stlichen Verban zu drillen.“  
„Chemnitzer Volkstimme“ vom 28. Juli 1912:

## Friedrich Wilhelm Förster über den Klassenkampf.

II.

Ansätze zu einer wirklich „sozialen“ Auffassung  
des sozialen Problems sind in den letzten Jahren häufig  
in der Arbeiterbewegung zum Vorschein gekommen,  
wenn auch meist wieder zerrutten worden. Eine gute  
Formulierung des beginnenden sozialwissenschaftlichen  
Umschwunges in der Arbeiterbewegung gab vor einiger  
Zeit (Sozialist. Monatshefte 1899) der Abgeordnete  
Schäpel mit folgendem Bekenntnis, dessen taktische Kon-  
sequenzen allerdings noch nirgends gezogen sind —  
vielleicht in dem Maximum der Tarifgemein-  
schaften in der Großindustrie:

„So sind wir, die Feinde des „Kapitals“,  
über Nacht und doch wieder in einem stetigen poli-  
tischen Entwicklungsgang zugleich die schärfsten  
Freunde und Förderer der „kapitalistischen Entwik-  
lung“ geworden. Die deutsche Arbeiterklasse, bei allen  
ihren Kämpfen mit dem Kapital, fühlt sich in  
vielen Stücken als der natürliche Bundesgenosse einer  
weitschauenden, früh aussehenden Industriepolitik.  
Wir mögen diese historische Ebene Produktionsor-  
dnung nicht lieben und doch sind wir nichts ohne sie, und  
nur mit ihrer Erweiterung und Ausbreitung kann  
auch das Proletariat seinen großen geschichtlichen Auf-  
gaben entgegenwachen und reifen.“

Die Ausführungen beleuchten, wie wenig das Wort  
Klassenkampf geeignet ist, die ganze Summe der Be-  
ziehungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat er-  
klärend darzustellen und wie wenig realpolitisch, also  
eine Taktik sein kann, die unter dem Banner dieses  
Schlagwortes stehen bleibt. So wie die Arbeiterklasse  
nicht im Zusammenbruch, sondern in der Ausbreitung  
der kapitalistischen Industrie ihre Rechnung findet, so  
bleibt auch wiederum die wachsende Emanzipation der  
Arbeiterklasse, ihre höhere Bildung und Gleichberech-  
tigung den Bedürfnissen der großen industriellen Technik.

Und ebenso erleidet die möglichst gleichmäßige Aus-  
dehnung der gewerkschaftlichen Kontrolle dem Fabri-  
kanten den Kampf gegen die Schundkonkurrenz und be-  
wirkt einen Druck auf die wirtschaftliche Zusammen-  
fassung der Betriebe in Kartelle, der ebenfalls in Ein-  
klang mit den Bedürfnissen der Marktherrschaft  
selber steht. Es handelt sich also um den Ausgleich von  
Interessen, die zwar im einzelnen Falle aufeinander  
prallen, die sich aber nicht prinzipiell auf Tod und Leben  
entgegengehehen, sondern sich in der Hervorbringung  
einer höheren Organisation der menschlichen Arbeit und  
in der größtmöglichen Entbindung aller individuellen  
Kräfte gegenseitig ergänzen. Darum sollte die Orga-  
nisation der arbeitenden Klassen nicht immer nur als  
ein Kampfmittel gegen „das Unterneh-  
mertum“ proklamiert werden, sondern vor allem als  
ein Hilfsmittel für beide Klassen zur Unter-  
drückung der Schundkonkurrenz, die ja den einzelnen  
nur zu oft seinem besseren Selbst entgegenzuehnen  
zwingt. Auf diese Weise wird der bloße Klassenegois-  
mus als soziale Triebkraft ausgeschaltet und das Streben  
nach der Sicherung des eigenen Interesses unmittelbar  
psychologisch mit dem Gedanken an eine höhere Selli-  
darität der Interessen verbunden und damit vor der  
antisozialen Entartung bewahrt, die von der Pflege der  
bloßen Kampfmittelung untrennbar ist.

Zum Schluß dieses Aufsatzes sei nochmals nach-  
drücklich hervorgehoben, daß eine Taktik, welche die  
obigen Gesichtspunkte zu ihrer Basis machte, vor allem  
auch der Forderung der Arbeiterorganisationen zu gute  
kommen würde. Diese hat selbst am härtesten unter der  
Kraut und Enge der sozialdemokratischen Theorie zu  
leiden.

Christus sagte einmal: „Wer nicht mit mir  
samt dem Kreuzer geht.“ In der ewigen Wahr-  
heit dieses Wortes liegt auch der tragische Grund dafür,  
daß die Organisationen der Arbeiter nicht recht vor-  
wärts kommen. Der Appell an den bloßen Klassen-  
egoismus ist zu dürftig, um die Menschen wahrhaft zu  
sammeln.“ Vielmehr rächt sich die heberische Art der

sozialistischen Propaganda auch dadurch, daß sie Zu-  
stufte in den Klassen weckt, welche die Menschen auch  
innerhalb ihrer eigenen Interessengemeinschaften gegen  
einander treiben, ihr tiefes Gewissen abstopfen und  
damit überhaupt die moralischen Kräfte zerschüttern und  
ungepflegt lassen, welche für jedes dauerhafte Organisa-  
tionswerk unentbehrlich sind. Der Gedanke der Interessen-  
politik hat im Innern des Arbeiters so sehr alles über-  
wuchert, was das Individuum über sich selbst hinaus führt  
und an höhere Pflichten leitet, daß man auch die Organi-  
sationen nur vom Standpunkt des Ausbaus aus betrachtet  
und wohl in Zeiten großer Erregung hineinströmt, aber  
sofort wieder austritt, wenn ein Vorteil gemonnen oder  
eine Niederlage erlitten ist. Die Gewerkschaften werden  
heute von Tausenden von Arbeitern lediglich als Futter-  
truppen betrachtet — darum gewähren sie auch mehr  
den Anblick eines Taubenschlages, als einer wirklichen  
Lebensgemeinschaft. Dieser Anblick, sowie der oft sehr  
geringe Prozentsatz der organisierten Arbeiter, nimmt  
dann natürlich auch der Gewerkschaft die soziale und  
moralische Autorität gegenüber dem Unternehmertum.  
Man fragt: „Wer sind diese Leute da und von wem  
autorisiert zur Vertretung des Ganzen?“ Man ver-  
müht eben noch die wacklige Solidarität der Arbeiter-  
klasse, die allein imponieren könnte. Die politischen Ver-  
treter der Arbeiterbewegung aber wollen nicht sehen,  
daß es die ganze moralische Armut ihrer Agitation ist,  
welche ihr eine organisatorische Tätigkeit in größerem  
und nachhaltigerem Maße unmöglich macht. Erfahrene  
Gewerkschaftler aber sehen mit Wangen, daß die neue  
Generation, die in der moralischen Cede des bloßen  
Klassenkampf-Jargon aufgewachsen ist, in dieser Be-  
ziehung noch weit unauerklärlicher dasteht, als die ältere  
Generation. Es fehlt an jeder tieferen Aspiration, es  
enthält sich ein bestialisches Schwund an Charakter und  
Leblichkeit; man hat zugunsten augenblicklicher Macht-  
erfolge zu sehr die Kräfte befreit, die da „gerufen“ —  
man darf sich nur nicht wundern, wenn das „Sammeln“  
nicht gelingen will und das Feilschen noch viel  
weniger. —

„Neuerdings wird die Abhängigkeit der Christlichen von den Konfessionswahlen wieder durch einen Aufbruch zur Gründung eines Sekretariats in Leipzig bekräftigt.“

Also auch nationalliberal, dann im päpstlichen Ozean, dann konservativ. Zur Veranschaulichung dieser sei noch angeführt, was die sozialdemokratische Düssel-dorfer Volkszeitung am 21. September 1911 schrieb:

„Dann stehen den christlichen Gewerkschaften noch andere Parteien als das Zentrum nahe. Evangelisch-nationalliberale und christlich-sozial-antimilitärische Arbeitervereine gehören in genannten Provinzen zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften als Mitglieder an.“

Je nach dem augenblicklichen Agitationsbedürfnis der sozialdemokratischen Presse werden die christl. Gewerkschaften schwarz, blau, rot, violett oder gelb angezeichnet. Dabei merken die sozialdemokratischen Zeitungs-schreiber nicht einmal, daß sie sich in unlösliche Widersprüche verrennen und lächerlich machen.

### Aus der Reichsversicherung.

Der Artikel 9 des Einführungsgesetzes zur R. V. L., welcher ohne Zweifel in nächster Zukunft bei vielen Versicherungsämtern zur Anwendung kommt, sei wegen seiner Wichtigkeit hier einer kurzen Besprechung unterzogen. Er lautet:

„Auf Antrag beteiligter Krankenkassen kann das Versicherungsamt anordnen, daß zu seinen Beschüssen über Verrechnung und Änderung der äußeren und inneren Verfassung der Krankenkassen besondere Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in gleicher Zahl gewählt werden. Die Wahl richtet sich nach den §§ 61 bis 63 Arb. G. G. Jedoch kann das Versicherungsamt die Zahl der Vertreter nach dem Bedürfnis festsetzen; dabei sind nur die Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungs-krankenkassen und die Gemeindekrankenkassen wahlberechtigt. Der Gemeindeverband (§§ 526, 527 R. V. L.) berechtigt einen oder mehrere Vertreter, um die Rechte der Gruppen wahrzunehmen, welche die R. V. L. neu in die Krankenkassenversicherung einbezieht. — Die oberste Verwaltungsbehörde kann hierüber näheres anordnen.“

Es dürfte für unsere Kollegen, die als Vorstandsmitglieder in den Krankenkassen wirken, durchaus zu empfehlen sein, diese bezügliche Anträge an die Versicherungsämter zu stellen. Dieses muß vor allen Dingen dann geschehen, wenn am Versicherungsamt (untere Verwaltungsbehörde) nur wenige Sachverständige in Krankenkassenfragen sitzen. Die Wichtigkeit der Hinzunahme von Sachverständigen Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber erhebt sich schon allein die Tatsache, daß von der Stellungnahme des R. V. L. und seinen Mitarbeitern die fernere Gestaltung des Krankenkassenwesens in den einzelnen Versicherungsämtern im Wesentlichen abhängt. Die Vorstände der oben bezeichneten Krankenkassen müssen sich an den einzelnen Orten rechtzeitig über eine Liste sachverständiger Kollegen aus dem Arbeiterstande einigigen, damit die Krankenkassen in den einzelnen Bezirken so zusammengesetzt und nach innen und außen ausgebaut werden, wie es den Interessen der Versicherten am meisten entspricht.

### Die Wahrheit über die „rote“ Volkversicherung.

Die Arrangierung der sogenannten neuen „Volk-Versicherung“ (Volkversicherung), die die sozialdemokratischen Konsumvereine auf ihrer Generalversammlung in Berlin im Juni beschloßen haben, und die sie in Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften am 1. Januar 1913 mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark eröffnen wollen, tragen dieser mit Eifer die Neutralität als ihre Maxime voran. Selbstverständlich lediglich zu dem Zwecke, um unter diesem Schilde möglichst viel Versicherte zu lockern. Denn daß hinsichtlich der neuen „Volkversicherung“ von einer Neutralität keine Rede sein kann, ebensowenig wie bei den „roten“ Gewerkschaften und Konsumvereinen, die ihre Träger sind, bezugst ihnen „Genossenschaft“ (siehe in der neuesten Nummer 15) der „Sozialistischen Monatshefte“. Er betont hier, die neue „Volkversicherung“ sei ein Klassenkampf-mittel, indem er schreibt: „Gewiß kann man sagen, die Volkversicherung sei eine rein wirtschaftliche Sache, wie alles, was die Konsumvereine geschaffen haben und noch schaffen. Das ist sie gewiß auch. Aber, und das ist der springende Punkt, sie ist es nicht allein. Die Massen der Mitglieder der Konsumvereine und der Gewerkschaften begreifen sie deshalb mit so ungeteilter Freude, weil sie in diesem neuen volkswirtschaftlichen Unternehmen ein sehr wirkungsvolles Kampfmittel der Arbeiterklasse gegen den allmächtigen privaten Kapitalismus und ein Befreiungsmittel von wenigstens einer Art privatkapitalistischer Abhängigkeit sehen. Eine Auffassung übrigens, die ja wohl auch auf dem Genossenschaftstag selbst aus verschiedenem Munde zu diesem neuen Unternehmen geäußert worden ist. — Wer also der neuen Volkversicherung beiträgt, hilft den Zukunftskampf in Deutschland mit auf-zurichten.“

### Soziale Rechtspflege.

#### 31 Streikunterstützung in Form von Darlehen klugbar?

Das königliche Amtsgericht Marienburg (Weiterwald) hat in seiner Sitzung vom 19. Juli den Beklagten Vergarbeiter Schmidt in Großhessen verurteilt, die Summe von 292,50 Mk. und die Kosten des Rechts-tretes zu zahlen. Dem Streitfall lag folgender Tatbestand zugrunde: Im Sommer 1911 kam es auf der Grube Alexandria im Westfalen zu einem Streik, der ununterbrochen 17 Wochen dauerte. Im Anfange des Streiks ließen sich eine ganze Reihe von Vergarbeitern in den Gewerkschaften christlicher Vergarbeiter aufnehmen. Einige entpuppten sich als sogenannte Kassenwahrer; als nämlich der Streik beendet und die Betroffenen ihr Geld hatten, traten sie wieder aus. Gegen einen von diesen wurde Klage erhoben auf Rückzahlung der Streikunterstützung, weil die Unterstüßungsempfänger sich verpflichtet hatten, wenigstens drei Jahre Mitglied

zu bleiben, d. h. vorausgesetzt, daß sie Lohnarbeiter blieben. Der Rechtsvertreter des pp. Schmidt, sonderbarerweise der Herr Direktor Lehner von der Grube Alexandria, demüthete sich nachzuweisen, daß das Zurückfordern von bezahlten Geldern gegen die guten Sitten verstoße, eine Auffassung, der sich das Gericht aber nicht anschließen konnte. Es entschied vielmehr im umgekehrten Sinne, wie oben angegeben. Ein gleichlautendes Urteil liegt aus Pforzheim vor, wo der christliche Metallarbeiterverband durch seinen Kassierer erstickene Streikunterstützung mit Erfolg einlangen ließ.

### Aus den Zahlheften.

Düssel-dorf. Am Samstag den 24. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war eine umfangreiche. Das Referat hatte in freundlicher Weise Herr Studiosus Voti, Würzburg, über Antoinette Drotte von Pilsbäck über-nehmen. In kurzen, witzigen Worten mußte er das Leben der großen deutschen Dichterin zu schildern, und an der Hand einiger ihrer Dichtungen die Aufmerksamkeit der Kollegen bis aufs äußerste zu fesseln. Der reiche Beifall bezugte denn auch den Dank der Anwesenden. Dem darauffolgenden Kartellbericht ist nicht sehr viel zu entnehmen. Betreffs des Streiks bei der Rheinischen Fabrikgesellschaft wurde kurz der Vorgang mitgeteilt und besonders die unwahren Behauptungen des sozialdemokratischen Straßenbahnverbandes auf das Entschiedenste zurückgewiesen. Des weiteren wurde das Kartellvertragswesen neu geregelt und zur Kartellbeamtenfrage diskutiert. Es folgte noch Mitteilung über die Wahlen zur Wahlkammer des Oberverwaltungsamtes, welche inzwischen bereits stattgefunden haben und mit dem Siege der christl. Arbeiter erbligten. Unter Punkt 3 der Tagesordnung wurde über die gewerkschaftliche Lage am Ort berichtet, besonders auch der Metallarbeiterbewegung Interesse entgegengebracht und Unterstützung seitens der Kollegen zugesagt. Das Verhalten des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes wurde nochmals ins rechte Licht gestellt. Wir haben fortan keine Lust, uns mit diesen Phrasenhelden abzugeben und in den Zeitungen zu diskutieren. Solche Kinderreim, wie sie die letzte Nummer der Buchbinderzeitung, Nr. 35 vom 24. 8. 1912 u. a. wieder bringt, müssen auf ein einziges gemeines Arbeiten hinvirteln. Wenn man den Artikel unter Tüschelbort liest, muß man lachen und den Kopf schütteln. Auf den ersten Teil betr. Firma Dieg können wir nicht eingehen, weil wir dort nicht vertreten sind, und weil man unseren Kollegen das Leben schon ziemlich schwer gemacht hat. Aber die größte Kinderreim zeigt sich im zweiten Teil des Artikels, wo sich ein Schilde der Firma gegenüber dem Meister, Herrn Caspers, eine „Achtungsverzögerung“ hat zuzuschreiben kommen lassen, betreffs des „Grüßens“ auf der Straße. Wirklich ein origineller Teil des Artikels. Wenn man nichts Besseres zu schreiben vermag, mögen die Düssel-dorfer Genossen doch besser einpanden. Nun auch zum dritten Teil des Artikels der Genossen. Da wird groß und breit betreffs der Vorparlamentarische der Baginierabteilung der Firma Gebr. Thomsen Sturm gehalten und in einem Atemzuge unser Kollege Formmann losgelassen fast gemacht. Das tut ihm allerdings nicht weh. Möge man nur so weiter verfahren, dann bestätigt man uns nach mehr, daß Kollege Formmann auf dem rechten Wege ist. Die großen, sich „mächtig“ fühlenden Genossen tun dann im Artikel, als hätte Kol. Formmann sie erst fragen müssen wegen seinem Vorgehen. C. teilt Stolz. Wir fragen, kommt denn auch der „angeblich große“ Buchbinderverband zu uns, wenn er etwas unter-nimmt? Wie sieht denn mit den Feuerungsanlagen? Mit dem Gehalt und Vergütung der Arbeiter um 1/2 Stunde pro Woche? Hat man uns auch hier gefragt? C. nein, dann heißt: Das machen wir auf unsere Rechnung. Gut, wir werden später betr. der letzten Forderung noch mal schreiben. Wir sind der festen Überzeugung, wenn Kol. Formmann sich blamiert hat bei seinem Eintreten für die Baginierinnen, dann haben sich die ganzen Düssel-dorfer Genossen bei der sog. Feuerungs-anlage letztes Frühjahr noch mehr blamiert. Betreffs der 1/2-stündigen Arbeitszeitverlängerung hat man sich bereits revidieren müssen. Da man jetzt 53 Stunden wünscht, schreibt man im Gehalt 53 1/2, Stunden, welche letztere wir bereits haben. Was war denn das? Genossen? War das nicht blamiert? Den Genossen geben wir noch eins mit auf den Weg und das ist das „harmonische Zusammenarbeiten“, wenn man unter sich selbst ist. Es ist wahrhaftig weit gekommen, wenn gleich stimmte und gleich organisierte „Kollegen“ einen ihrer „Mitbrüder“ gerne aus einem Betriebe bagieren möchten. Wir hätten noch manches an dem Artikel zurückzuweisen, aber darüber später.

Unsere Kollegen werden dem Gleichreißel der roten Brüder kein Vertrauen schenken, sondern sich an maßgebender Stelle erkundigen.

Kollegen! Die beste Antwort auf das Gleichreißel der Düssel-dorfer Obergewerkschaft ist fleißige Werberbeit für unsere Organisation, den graph. Zentralverband.

### Literarisches.

#### Die Bildungsaktivität der christlichen Gewerkschaften

hat in den letzten Jahren nicht nur allgemein an Bedeutung erheblich zugenommen, sondern in mehr und mehr in ein System gebracht worden, das den Bedürfnissen des Arbeiterstandes nach Möglichkeit Rechnung trägt. Der Bildungshunger, welcher insbesondere die organisierten Arbeiter auszeichnet, ist eine harte Ver-juchung, wahllos alles das an Literatur in sich aufzu-nehmen, was sich gerade dem Suchenden darbietet und so der Selbstbildung anheimzufallen, die mitunter schlimmer wirkt, als Ungebildetheit. Unter diesen Um-ständen muß jeder Versuch, dem Arbeiterleser gute und zugleich billige Literatur zu vermitteln, als ein Verdienst um die Arbeiterklasse bezeichnet werden. Nur läßt die Ausführung auf manche Schwierigkeiten. Denn

gute volkswirtschaftliche, staatsbürgerliche und sonstige einschlägige Literatur ist meist teuer oder sie setzt viele Vorkenntnisse voraus. Die neuere billige populär-wissenschaftliche Literatur unserer großen Verlags-häuser aber behandelt meist nur Einzelfragen eines bestimmten Gebiets, so daß hier eine zweckentsprechende Zusammenstellung not tut.

Allen diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen und dennoch dem Arbeiterleser eine planmäßig zusammen-gestellte Auswahl an Literatur zu ermöglichen, bemüht sich das soeben im christlichen Gewerkschafts-Verlag in Köln (Schließfach 187) erschienene Schriftchen: „Führer durch die soziale, staatsbürgerliche, sozial-politische und wirtschaftliche Literatur. Unter beson-derer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse und „Sozialwissenschaft““ (82) Nr. 0.50. Dieses Schriftchen will ein erster Versuch sein, von dem aber trotzdem erwartet werden kann, daß er schon in seiner ersten Form gute Wirkungen ausübt. Eine kurze Einleitung führt den Leser u. a. in die Kunst des Lesens ein und gibt ihm einen Plan an, die Bücher für die zweckmäßige Einteilung seiner Leszeit, ein Plan, der auch bei der Anlage kleiner Bibliotheken mit Nutzen zugrunde gelegt werden kann. Der Hauptteil der Schrift bringt sodann eine systematisch gegliederte Uebersicht über die wichtigere, gute und billige Literatur, wie sie im Titel bezeichnet worden ist. Damit sich der Leser über Charakter und Umfang der Schrift schon vor der Anschaffung klar sei, sind überall dort, wo es notwendig erschien, entsprechende kleine Anmerkungen angebracht worden.

Wöge die kleine Schrift in den Kreisen, an die sie sich in erster Linie richtet, weite Verbreitung finden! Es kann aber auch jeder Nichtarbeiter, der sich um das Einbringen in soziale Dinge bemüht — und deren gibt es ja glücklicherweise sehr viele! — zu dem Schriftchen greifen, um sich das Material für eine erste Einfüh-rung zusammenzusetzen.

### Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

- Augsburg. Jeden 2. Samstag im Monat im Gewerkschaftslokal „Schönbühl“ Wintergasse 12.
- Barmen. Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd in der Refst. Wilms, Ludwigstr. 31 in Ubersels und im Refst. Vogel, Rößigerstr. 16 in Barmen.
- Berlin. Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Peuler, Rappenerstr. 62.
- Bielefeld. Jeden 1. und 8. Mittwoch im Monat im christl. Gem.-Haus bei Debour, Herforderstr. 64. Anfang 8 Uhr.
- Bonn. Jeden ersten Samstag im Monat, abends 9 Uhr im Restaurant Rönig, Bonnstraße 4.
- Donaueschingen. Jeden 1. Samstag im Monat im Gast-haus „Zum schwarzen Eck“ (Rath Wöhner).
- Düren. Jeden 2. Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr. Versammlung bei O. Winterhagen.
- Düssel-dorf. Nächste Versammlung 7. September. Erscheinen ist Ehrenpflicht.
- Effen. Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im Restaurant Karl Rosen, Alfriediplatz.
- Freidurg. Samstag, den 7. September im Verkehrslokal Brauerei Banter, Schiffstr.
- Freising. Jeden letzten Samstag im Monat Versammlung im christl. Gewerkschaftslokal zum Jägerwirt.
- Kempten. Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Restaurant „Central“.
- Köln. Samstag, den 31. August. Beratung des Lokal-status. Kollegen und Kolleginnen, erscheint obligat!
- Münster. Samstag, den 31. August bei Siegmund, Glem-mensstr. Volzhälbiges Erscheinen Ehrenpflicht.
- München. Samstag, den 7. September im Wiesmayer-garten Schillerstr. 16.
- N.-Glabbe. Jeden ersten Samstag im Monat bei Paul Lambert (früher Bülbude) Steppengasse, Ecke Wilhelmstr.
- Fahrburg. Jeden 2. Montag im Monat im Wirtshaus.
- Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jalo-bühnenstraße.
- Smittgart. Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung abends 8 Uhr im Gasthof zum Herzog Christoph Christoffstr. 11 v.
- Würzburg. Am Mittwoch, den 11. September, bei Gutbrod Sandgasse.

Ein herzliches Lebewohl  
unsern werten Kollegen  
**Demmans**  
zu seinem Wegzug nach Kaden. Wir hoffen und wünschen, daß es ihm in seinem neuen Wirkungs-bereich recht gut ergehen möge, und daß unsere Freundschaft weiterhin bestehen bleibe.  
Zahlhefte M. Glabbe.

Unsere lieben Kollegen und früheren Vorsitzenden  
**Karl Schmid**  
und seiner werten Frau herzlichen **Adwans**  
Verabschiedung.  
Zahlhefte Münster.

Verantwortlich: M. Hornbach-Köln, Palmstraße 14.  
Köln-Ehrenfelder Sandelbinderstr. 11.